

Die USA im Präsidentenwahljahr

I

Die Vereinigten Staaten haben der Welt in diesem Frühjahr ein erstaunliches Schauspiel voll Überraschungen geboten, freilich auch ein scheinbar sehr widersprüchliches. Auf der einen Seite den Triumph der Demokratie, die in zäher Auseinandersetzung eine grundlegende Kursänderung in der Vietnampolitik erzwang, auf der anderen Seite den Triumph der Gewalt, in den Attentaten auf *Martin Luther King* und *Robert F. Kennedy*, in den Ausschreitungen in Washington und anderen Städten als Reaktion auf die Ermordung Kings. Beide Geschehnisse sind von großer politischer Bedeutung und Auswirkung. Beide sind Ausdruck tiefliegender Eigenschaften des amerikanischen Gesellschaftskörpers. Aber wie lassen sie sich, und ihr scheinbarer Widerspruch, erklären?

Rekapitulieren wir: bis zum 12. März dieses Jahres schien die amerikanische Politik hoffnungslos verrannt auf eine militärische „Lösung“ des Vietnamkonflikts, auf eine ständige Ausweitung des Kriegs, welcher mehr und mehr die physischen und seelischen Energien des Landes absorbierte. Die stetig wachsende Kritik von Senatoren, Professoren und Journalisten und die Demonstrationen von Studenten und Intellektuellen prallten wirkungslos an der Mauer der offiziellen Haltung von Präsident *Johnson* und seinen außenpolitischen und militärischen Beratern ab, die sich ihrerseits stützten auf rosige militärische Analysen der Generäle, obwohl diese sich seit Jahren als zu optimistisch erwiesen hatten. Aber es war, trotz „Meinungsbefragungen“, schwer zu sagen, welchen Widerhall die Kritik im Volk hatte; schließlich wollte — außer sehr beschränkten Kreisen — kaum jemand den bedingungslosen Rückzug oder den Einsatz von Atomwaffen. Im November 1967 entschloß sich Senator *Eugene McCarthy* aus Minnesota, der Opposition durch seine Präsidentschaftskandidatur die Möglichkeit politischen Ausdrucks und politischer Messung zu geben. Ein mutiger Schritt; denn das schien damals eine ziemlich aussichtslose Aufgabe, vor der berufenere Politiker vorsichtig zurückgeschreckt waren.

McCarthy fand überraschend starken Widerhall auf dem liberalen Flügel der Demokratischen Partei und unter den Studierenden, denen seine Kandidatur erstmals die Möglichkeit gab, ihren Tatendrang und ihre radikale Stimmung politisch sinnvoll einzusetzen. Presse und Fernsehen hatten ihre fest verankerte Unabhängigkeit vom Staat vielfach zu einer objektiven Berichterstattung über die militärische und politische Lage in Vietnam ausnutzen können, mehr und mehr im Widerspruch zu den offiziellen Verlautbarungen. In Ermangelung einer offiziellen Kriegserklärung war überhaupt die freie Meinungsäußerung nicht beschränkt. So sank allmählich die Bedeutung der Tetniederlage im Februar 1968 ins Bewußtsein der Öffentlichkeit, trotz der Versuche des Generals *Westmoreland*, sie in einen Sieg umzudeuten. Der Rest ist Geschichte: am 12. März erhielt McCarthy in den Primärwahlen im kleinen konservativen Staat New Hampshire 42 vH der demokratischen Stimmen, doppelt so viel als die kühnsten Erwartungen erhofft hatten. Wenige Tage später kündigte *Robert Kennedy* seine Kandidatur an, die er bis dahin nicht riskieren wollte. Am 31. März folgte die dramatische „Abdankungsrede“ *Johnsons* mit der Ankündigung der Bombenbeschränkung als Einleitung zu Friedensverhandlungen, und mit dem Verzicht auf die eigene Präsidentschaftskandidatur.

Gestützt auf unabhängige Institutionen wie Presse, Universität, Senat und Kirche — die Gewerkschaften hatten leider in diesem Fall völlig versagt — konnte die demokratische Meinungsbildung funktionieren und sich politisch durchsetzen. Sie erzwang nicht nur eine Kursänderung in einer zentralen *außen-politischen* Frage (ein Ereignis ohne Parallele in der neueren Geschichte), sondern führte überdies zum Verzicht eines Prä-

sidenten, der vor vier Jahren mit überwältigender Mehrheit gewählt worden war und bis vor kurzem noch die Wiederwahl „in der Tasche“ hatte.

Wie schon des öfteren, hatten die Pessimisten die Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit der amerikanischen Gesellschaft unterschätzt. Die Durchführung der neuen Vietnampolitik mochte von vielerlei Hindernissen, Meinungsverschiedenheiten, Gefahren und Mühen bedroht sein, das Problem selbst war mit einem Schlag als zentrales, die Geister scheidendes und die Gemüter verbitterndes Streitobjekt aus der Präsidentschaftskampagne ausgeschaltet. Das Land konnte, so konnte man annehmen, seine Energien nunmehr auf das andere der Lösung harrende Grundproblem konzentrieren: *die Eingliederung der Neger als volle Bürger in die Gesellschaft.*

Dieses Problem hatte mit der von *John Kennedy* geschaffenen neuen Atmosphäre und der nach seinem Tode von Johnson durchgesetzten *Civil Rights-Gesetzgebung* auf dem Weg zur Bewältigung geschienen: Weiße und Neger waren gemeinsam unter *Martin Luther King* nach Washington marschiert, junge weiße Studenten hatten zusammen mit jungen Negern für deren politische und juristische Gleichstellung gekämpft und ihr Leben riskiert. Aber diese Gleichstellung begann an die Schranken der traditionellen wirtschaftlichen Vormacht zu stoßen, der Zugang zu vielen Arbeitsplätzen blieb versperrt, zu anderen fehlte die Vorbildung, die Arbeitsdisziplin oder die Motivierung. Ein wichtiger Faktor war die prekäre Stellung des männlichen Negers innerhalb der Familie, die noch auf seine sexuelle Rechtlosigkeit in der Sklavenordnung zurückgeht. Seine Reaktion war die Herausbildung eines übersteigerten Selbstbewußtseins, die Wiedererweckung einer verlorenen afrikanischen Tradition, mit der man sich nun in Kleidung, Haartracht, Namengebung zu identifizieren suchte (aus „Negern“ werden „Afro-Ameri-kaner“ oder „Blacks“).

Die Anhänger von *Black Power* („Schwarzer Macht“) lehnen jede Zusammenarbeit mit Weißen ab, es sei denn zur Ausbeutung ihres guten Willens oder schlechten Gewissens; der Rassenstolz mit umgekehrtem Vorzeichen strebt eine neue Segregierung an. Weitgehend ohnmächtig gegenüber den ökonomischen Positionen, ungeduldig oder verächtlich in bezug auf die heute vielfach erreichbaren unteren oder mittleren politischen Positionen, macht sich dieser frustrierte Machtwille von Zeit zu Zeit in privaten Erpressungen und in öffentlichen Krawallen Luft. Die unmittelbaren Opfer sind die kleinen Geschäfte in den Negervierteln, mittelbar freilich die Neger selbst, die dabei ihre Einkaufsquellen zerstören oder verteuern. Bemerkenswert übrigens, daß sich die Aggression fast ausschließlich gegen Dinge richtet (Geschäfte, Häuser) oder gegen Symbole wie Polizei, nicht gegen Personen.

Die Folge ist ein zunehmendes Mißtrauen, eine wachsende Befangenheit zwischen den Rassen, die die wechselseitigen Beziehungen weiter erschwert. Druck erzeugt Gegenruck, der Ruf nach „Sicherheit in den Straßen“ wurde zur Parole der Reaktion. Wie gelähmt sah das Land einem neuen „heißen Sommer“ wie dem letzten entgegen.

Unter diesen Umständen kam alles darauf an, ob es gelingen würde, das Niveau der Gewalttätigkeit abzubauen, die bestehenden Linien der Verständigung zwischen Schwarz und Weiß zu schützen und zu pflegen. Sonst würde das gesellschaftliche Gewebe einer unerhörten Zerreißprobe ausgesetzt.

II

Zwei Männer hatten in dieser Situation eine Schlüsselrolle: *Martin Luther King* und *Robert Kennedy*. Beide sind heute durch Mörderkugeln ausgeschaltet. King war *der* charismatische Führer unter den Negern. Tief überzeugt von der Wirksamkeit gewaltloser Aktion und ihrer taktischen Notwendigkeit für eine ökonomisch und militärisch

unterlegene Minorität, hatte er gleichzeitig einen scharfen Blick für das jeweils Erreichbare. Zwar versagten seine im Süden herausgearbeiteten Methoden mehr und mehr mit der Verlegung des entscheidenden Schauplatzes der Auseinandersetzung vom Süden auf den Norden, vom juristischen und politischen auf das soziale und wirtschaftliche Feld. Aber Kings Ansehen unter den einfachen Negermassen blieb enorm, und als einziger unter den integrationistischen Führern wurde er bis in die Reihen der *Black Power-Kreise* hinein geachtet. Seine Organisation, die *Southern Christian Leadership Conference* (SCLC) war freilich immer eine sehr persönliche gewesen, und seinem Nachfolger, dem Reverend *Ralph Abernathy* fehlt bisher die Statur. Kings nachgelassenes Projekt, das „Camp der Armen“ in Washington, das die Regierung und einen konservativen Kongreß durch konkrete Demonstration zu durchgreifenden Hilfsmaßnahmen veranlassen sollte, litt unter Reibungen in der Organisation und vor allem unter dem Mangel an konkreter Zielsetzung. Jedenfalls ist heute niemand sichtbar, der die divergierenden Elemente der reformistischen Integrationisten und der radikalen *Black Power*-Leute auch nur zeitweise zusammenschmieden könnte. —

Von allen führenden Politikern — und von den drei demokratischen Präsidentschaftskandidaten — war Robert Kennedy zweifellos derjenige, der die größten Chancen und die besten Fähigkeiten gehabt hätte, das Negerproblem einer Lösung näherzubringen. Im Augenblick des Attentats war er umgeben von zwei prominenten Negerathleten (seine Leibwache) und von *Charles Evers*, einem Führer der NAACP, dessen Bruder vor Jahren in Mississippi aus dem Hinterhalt erschossen wurde. Kennedy genoß das unbegrenzte Vertrauen breiter Negermassen und wurde selbst in den Reihen des radikalen Flügels respektiert. Dieses Vertrauen gründete sich nicht nur auf die Leistungen seines Bruders während dessen kurzer Amtsperiode, sondern ebenso sehr auf seine eigene Haltung als Justizminister und als Senator.

In der gegenwärtigen Situation der Enttäuschung und Spannung wäre nichts so nötig wie die Wiederherstellung eines Maßes von Vertrauen in den guten Willen des Establishment, ohne das selbst die bestgemeinten Maßnahmen zum Scheitern verurteilt sind. Handelt es sich doch vor allem darum, ein paar Jahre zu gewinnen, die selbst im günstigsten Fall erforderlich sind, bis die Koordination vielfältiger Maßnahmen (wirtschaftlich, erzieherisch usw.) greifbare Resultate zeigen kann. Weder *McCarthy* noch *Hubert Humphrey* — beide einwandfrei in ihrer Haltung in der Negerfrage — können Kennedy in diesem Punkt ersetzen. Der lebenswürdige, feinsinnige, leise-ironische *McCarthy* ist seinem Wesen nach wenig dazu angetan, das spontane Vertrauen von weniger gebildeten Schichten zu erwecken. Der jetzige Vizepräsident *Humphrey* — dem man nun die größeren Chancen für die Nominierung gibt — hat durch seine Verbindung mit dem Johnson-Regime und der Civil-Rights-Gesetzgebung von 1965 schon eher Rapport und Vertrauen. Er ist aber andererseits gehemmt durch seine bisherige Befürwortung des Vietnamkriegs und durch seine Liaison mit der engeren Parteiorganisation. Es ist nicht einmal ganz ausgeschlossen, daß sich Johnson unter den veränderten Verhältnissen zu einer erneuten Kandidatur entschliesse. Er hätte das Gros der Neger auf seiner Seite, und mit der Schwenkung in der Vietnampolitik hat er die meisten seiner Gegner entwaffnet, wenn auch nicht ihr Mißtrauen.

III

Die Schüsse von Memphis und Los Angeles waren nicht nur persönlich, sondern auch politisch nur allzu gut gezielt. Doch ist der Zusammenhang zwischen ihnen — und das gilt entgegen allen Vermutungen zweifellos auch für das Attentat von 1963 auf Präsident Kennedy — nicht der direkte einer Konspiration, sondern ein viel subtilerer, indirekter, tieferliegender. Nach diesem Zusammenhang suchen viele jetzt in dem bestürzten Land.

Gewiß, der neueste Mörder stammt aus einer Weltgegend, in der das Attentat zum Berufsrisiko jedes Politikers gehört. Aber er wuchs immerhin in einem Land auf, wo das bis vor kurzem nicht der Fall war; eine Massendemokratie allerdings, die von ihren führenden Politikern verlangt, daß sie sich der Menge und den Massenmedien weitgehend exponieren. Freilich ist es auch ein Land, das im täglichen Leben ein weit höheres Maß an Gewalttätigkeit toleriert als andere westliche Länder; seine Mordrate im Verhältnis zur Bevölkerungszahl z. B. ist 4- bis 5mal so hoch.

Zum Teil geht diese Neigung zur Gewalttätigkeit zurück auf die Gründerzeit der Nation, auf die Erschließung des „wildem“ Westens, wo der Besitz einer Waffe zum Privileg des freien Mannes gehörte und wo dieser, in Abwesenheit öffentlicher Machtorgane, oft genug sein Recht, so wie er es sah, in die eigene Hand nahm. Das Fehlen von traditionellen Kasten und Klassen, in denen der einzelne seinen angewiesenen Platz wußte und die mit der Eingliederung heterogener Einwanderergruppen verbundene Turbulenz — also gerade die demokratischen Elemente im amerikanischen Gesellschaftsgefüge —, diese Umstände brachten es mit sich, daß die Spannungen und Interessengegensätze vielfach in brutalerer Form ausgetragen wurden als in Ländern mit gesicherten traditionellen Institutionen. (Diese wiederum waren mehr anfällig gegen blutige Revolutionen, in denen sich die angestaute Unzufriedenheit von Zeit zu Zeit entlud und die Anpassung an neue Produktionsverhältnisse vollzog.) Die relative Flüssigkeit der sozialen Beziehungen also führte zu größerem Gebrauch von Gewalt und beruhte ihrerseits zum Teil auf der Möglichkeit dazu. Auf vielen Gebieten — etwa den Arbeitskämpfen — haben die letzten Jahrzehnte einen erheblichen Abbau der Gewalt gebracht; mit der heute fast vollendeten Urbanisierung der amerikanischen Gesellschaft sollte man auch eine größere Urbanität des Zusammenlebens erwarten. Das entscheidende Hemmnis ist hier wiederum das ungelöste Negerproblem.

Der durch die sozialen und politischen Spannungen und Unsicherheiten ausgelöste Haß hat es allzuleicht, sich die Schußwaffen zu verschaffen, mit denen er das Objekt seines Hasses beseitigen kann. Für den Preis eines halben Tageslohns kann sich noch immer ein Jeder ohne Ausweis vom Versandgeschäft einen Revolver oder ein Gewehr bestellen, und alle Versuche zu einer wirksamen gesetzlichen Einschränkung dieser „Freiheit“ scheiterten bisher an dem erfolgreichen Widerstand der *National Rifle Association*. Ja, es war Robert Kennedys Bemühung um eine wirksame Gesetzgebung auf diesem Gebiet, die ihm die einzige Niederlage in den Primärwahlen (im westlichen Staat Oregon) einbrachte. Die Erschütterung über den Mord an ihm hat ein völlig ungenügendes Schußwaffengesetz im Kongreß durchgebracht, das auch weiterhin dem einzelnen Erwachsenen den Waffenerwerb kaum erschwert.

Darüber hinaus wird die Notwendigkeit immer klarer, das Maß der Erbitterung und des Hasses in der amerikanischen Gesellschaft abzubauen. Der Haß ist nicht, wie seinerzeit im Dritten Reich, weitgehend von oben her organisiert, sondern speist sich spontan aus den verschiedensten Quellen, vor allem natürlich aus der Furcht, und ist daher schwer zu fassen. Viel wird von der Haltung der Menschen abhängen, nach denen sich die Öffentlichkeit orientiert. Dabei kann etwa die zurückhaltende, zivilisierte Natur *McCarthys* beispielgebend wirken. Der Appell an Religion und Ordnung kann in einer Kultur nicht viel wirken, in der die offiziellen Werte nur zu oft umgangen oder ignoriert werden. Andererseits hat der Appell an die Furcht vor „Verbrechen auf den Straßen“, der Ruf nach schärferen Polizeimaßnahmen und Verurteilungen, erst jetzt wieder seine politische Zugkraft bei den Primärwahlen für Governor in Texas und für Senator in Californien bewiesen. Offenbar scheint *Richard Nixon*, der voraussichtliche republikanische Präsidentschaftskandidat, seine Wahlkampagne in erster Linie auf diese Furcht abstellen zu wollen — eine Furcht, die neuen Haß zeugt und schon in vielen Fällen zur Selbstbewaffnung und Selbstwehr hysterischer Hausfrauen in weißen Vorstädten geführt

hat. Es wäre tragisch-ironisch, wenn diese Furcht, angefacht durch den Mord an seinem Gegner, einen Nixon ins Weiße Haus brächte.

Gegen diese Aussicht spricht nur die Hoffnung auf den trotz allem überwiegend gesunden politischen Instinkt des amerikanischen Volkes, wie er sich wieder einmal im Triumph für McCarthy am 12. März in New Hampshire geäußert hat, und das Vertrauen auf seine tiefliegende menschliche Anständigkeit, wie sie sich erneut in ergreifender Weise anlässlich des Todes von Senator Kennedy gezeigt hat. Völlig spontan standen 150 000 „Menschen aus dem Volk“ fünf bis sechs Stunden in der glühenden New Yorker Hitze Schlange, nur um ein paar Sekunden an seiner Bahre vorbeizuschreiten.

Sie empfanden klar — wie sie es bei *John Kennedy*, bei *Franklin Roosevelt* empfunden hatten —, daß er zu der Reihe jener Männer gehörte, durch die sich die amerikanische Gesellschaft immer wieder von Zeit zu Zeit erneuert hat: Pragmatiker ohne tiefe politische Theorien, aber auch ohne Hemmungen, alte Institutionen anzutasten oder über Bord zu werfen; Menschen mit tiefem Verständnis für die Armen und Unterdrückten, mit einem Blick für das Mögliche und dem energischen Willen, es durchzusetzen; zu Kompromissen bereit, aber bereit auch, sich den Haß und die Feindschaft derer zuzuziehen, deren echte oder vermeintliche Interessen durch die Reformen bedroht werden. Freilich, diese Männer sind zu rar, als daß das amerikanische Volk sich weiter den Luxus leisten könnte, sie einem tödlichen Haß zu opfern.